

4954 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates

B e r i c h t
des
Außenpolitischen Ausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 16. Dezember 1994 betreffend Rücktritt vom Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation samt Anlage

Der EU-Beitrittsvertrag verpflichtet Österreich zum Rücktritt von der EFTA-Konvention mit 1. Jänner 1995 (vorgesehenes Beitrittsdatum).

Das EFTA-Übereinkommen ist ein gesetzändernder Staatsvertrag und wurde daher seinerzeit vom Nationalrat gemäß Art. 50 B-VG genehmigt. Obwohl Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder von diesem Staatsvertrag berührt werden, sah die damalige Verfassungsrechtslage kein Zustimmungsrecht des Bundesrates vor.

Die Kündigung eines gesetzesrangigen Staatsvertrages bzw. der Rücktritt hiervon stellt eine Änderung des zeitlichen Geltungsbereiches dieses Staatsvertrages für den zurücktretenden Staat dar und unterliegt daher als sogenannter "contrarius actus" - in gleicher Weise wie der Staatsvertrag selbst - der Genehmigung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des vorliegenden Staatsvertrages die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Das EFTA-Übereinkommen enthält gemäß Art. II B-VG, BGBl.Nr. 59/1964 eine Reihe verfassungsändernder Bestimmungen. Da diese verfassungsändernden Bestimmungen von der Rücktrittserklärung miterfaßt sind, bedarf die Genehmigung des Rücktrittes der für Verfassungsbestimmungen erforderlichen Mehrheit.

Da die EFTA-Konvention auch den selbständigen Wirkungsbereich der Länder berührt, bedarf die Rücktrittserklärung überdies der Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG.

Der Aussenpolitische Ausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 19. Dezember mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag,

dem vorliegenden Beschluß des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 1 bzw. Art. 50 Abs. 3 B-VG iVm Art. 44 Abs. 2 B-VG die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Wien, 1994 12 19

Dr. Vincenz Liechtenstein
Berichterstatler

Dr. Manfred Mautner-Markhof
Vorsitzender